Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Pränumerationspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. bei Zustellung durch die Post beziehen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn vierteljährl. M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 38. | Dresden, Montag den 16. Februar 1914. | 25. Jahrg.

Bei der Stichwahl im Wahlkreis **Offenburg-Kehl** wurde der Zentrumskandidat gewählt.

Eine Kundgebung **Bischöfe** weist in einer Kundgebung von neuem auf die Abhängigkeit der **christlichen Gewerkschaften** von der katholischen Kirche hin.

Die **Breslauer Strafkammer** verurteilte zwei Schiffer wegen Beleidigung von **Arbeitswilligen** zu je vier Monaten Gefängnis.

Der **österreichische Buchdruckerstreik** ist mit Erfolg beendet.

In **Lemberg** demonstrierten die **Arbeitslosen** vor dem Stadthaus.

Aus **Mexiko** werden neue **Verschärfungen** der Lage gemeldet.

Der Militarismus in der Sackgasse.

II.

Als rettenden Ausweg aus der Sackgasse, in die der Militarismus durch die bestehenden Verpflegungsschwierigkeiten geraten ist, schlägt der Kavalleriegeneral die völlige Wiedereinführung der — **Magazinverpflegung** vor. „Man muß die Magazinverpflegung grundsätzlich einführen und vorbereiten und darf die Hilfsmittel des Kriegsschauplatzes nur als Notbehelfe ansehen." So wären wir denn glücklich wieder in der Kriegsweisheit der Potsdamer Wachtparade angelangt. Wörtlich erklärt Herr v. Bernhardi die Magazinverpflegung für spätestzizianischen Zeit durch „konventionelle Rücksichten" und umgeht damit schamhaft die glorreiche Tatsache, daß man unserer Zeit kleiner Truppenkörper das nächstliegende, das Requirieren im Lande, mit den von den Junkern geprügelten und eingemergelten Söldnern nicht wagen durfte, wenn nicht die hinkenden Herren sehr bald allein Krieg führen wollten. Die mit der Magazinverpflegung verbundene schwerfällige Taktik und das strategische System **rückwärtiger Verbindungen** mußten natürlich außerordentlich die Bewegungsfreiheit. Darin liegt eine der wichtigsten Ursachen des Versagens der Linienheere gegenüber den Napoleonischen Revolutionsheeren, die sich ganz vom „Brotwagen" freigemacht hatten. Eine Wiedereinführung der Magazinverpflegung würde naturgemäß auch die Beweglichkeit der heutigen Heere herabsetzen, ihre Taktik schon durch den umständlichen Munitionsersatz weit mehr gediehene Schwerfälligkeit erhöhen. Das erkennt auch General v. Bernhardi, wenn er schreibt: „Immerhin wird man, damit die Lastzüge täglich in den Unterkunftsraum der Truppen gelangen können, die Märsche nicht allzusehr ausdehnen und die Länge der Märsche in gewissen Grenzen halten müssen." Wenn er diesen strategischen Nachteil aber offenbar ruhig mit in den Kauf nimmt, so ist das ein neues Zeichen dafür, wie schlimm es um unsere Heeresverpflegung bestellt sein muß.

Indessen, ganz abgesehen von diesen taktischen Nachteilen, sieht sich der General gründlich, wenn er glaubt, daß mit der Wiedereinführung der Magazinverpflegung das Problem der Heeresverpflegung gelöst werden könnte. Freilich sieht auch er: „Solche Grundsätze sind leicht ausgesprochen, aber schwer durchzuführen, sie bei den Massenheeren der Neuzeit in die Tat umzusetzen." Doch glaubt er, daß die Technik die Möglichkeit geschaffen habe, alle Hindernisse zu überwinden. Eisenbahnen, Kraftwagen und Feldbahnen sollen den rechtzeitigen Nachschub von Lebensmitteln ermöglichen. Nun sind zwar die technischen Hilfsmittel ungeheuer vervollkommnet, aber mit der Ausgestaltung wächst auch die Empfindlichkeit des technischen Apparates. Störungen durch Vernichtung der Schienenstränge, Beschädigung der Lokomotiven usw. sind bei den heutigen weittragenden Geschützen nicht zu sicher, in ihren Folgen aber ungleich verhängnisvoller, als es jemals Störungen primitiver Proviant- und Munitionskolonnen früherer Zeiten waren. Dazu kommt, daß der unglaubliche Munitionsverbrauch der heutigen Schnellfeuerwaffen überdies die nachfolgenden Kraftwagenkolonnen enorm belastet. Die Magazinverpflegung erfordert heute einen Apparat, der schon im Frieden zu handhaben sein würde, im Kriege jedoch sehr bald in die **heillosesste Verwirrung** geraten müßte. Stockungen bedeuten aber **Zeitverluste**, in denen die Lebensmittel **verderben**. Aus dem erwähnten Generalstabswerk geht hervor, daß im Kriege 1870/71 der größte Teil des Brotes nie an die Truppen gekommen ist, und daß das, was ankam, gewöhnlich verdorben war. „Gleich zu Beginn verlagte die **Brotversorgung**", bekennt das Generalstabswerk. Und noch folgende kleine Probe, die dem Bericht der Armeeintendantur aus dem Kriege 1870/71 entnommen ist, in welcher, um die Folgen der im Kriege mit Sicherheit eintretenden Verwirrungen zu beleuchten:

„Wenn Verpflegungszüge ankommen, von denen **kein Mensch weiß**, von wem und für wen sie sind, so kann man nur im äußersten Notfall alle ankommenden Bestände an die zentrale Central-Magazinorte weisen, die Verwirrung wird dadurch aber immer größer, **weil alle und jede Kontrolle** unterbrochen, die Beamten von jeder Verantwortlichkeit entbunden und die Lieferanten geradezu verführt werden, der Verwaltung lästige enorme Quantitäten in Rechnung zu stellen, die sie nie geliefert haben."

Den bisherigen Betrachtungen lag immer noch die Voraussetzung zugrunde, daß die nötigen Mengen von Nahrungsmitteln vorhanden seien. Indessen ist nichts wahrscheinlicher, als daß es in einem kommenden großen europäischen Kriege hieran zu allererst mangeln würde. Schon lange ist die deutsche Volksernährung auf die **Nahrungsmitteleinfuhr** angewiesen. Ein europäischer Krieg bedeutet aber Versperrung der Grenzen, Blockade der Häfen, Kaperei der Schiffe, kurz Abschließung der Zufuhr. Und auch wenn die Grenzen offen ständen, würde den benachbarten Ländern die Ausführung selber nicht möglich sein. Dazu die Folgen der Mobilmachung! Zahlreiche Betriebe, auch der **Nahrungsmittelindustrie**, stehen still, zahllose Existenzen sind ruiniert, aus Millionen Kehlen im Lande ertönt nur ein Schrei: **Brot!** Und aus dem Felde braust es millionenfach zurück: **Brot!** Denn wenn es im Lande selbst am nötigsten fehlt, wie will man da Nahrungsmittel ins Feld nachführen, zumal man gegebenenfalls mit dem Widerstand der Bevölkerung zu rechnen hat? Es ist schaurig, aber so gut wie sicher, daß es in einem kommenden Kriege, selbst wenn man die veraltete Magazinverpflegung neu einrichtet, **unmöglich ist, die Millionenheere der Neuzeit auch nur notdürftig zu ernähren.**

Wenn aber der Hunger den Menschen packt, steht er unter der Herrschaft des stärksten Triebes, der in ihm lebt. „**Hunger kennt keine Disziplin**", das mußte selbst Napoleon an den ihm treu ergebenen Revolutionsheeren erfahren. Im Gefolge des Hungers erscheinen Krankheiten und Seuchen, und dazu denke man sich die verzweifelte Wut über das Gemetzel mit den heutigen Mordwaffen!

Den Herren Generalstäblern ist nicht wohl! Die Frage der Verpflegungsschwierigkeiten der heutigen Massenheere ist so brennend, daß sie mit ihr wohl oder übel aus der Dunkelkammer militärischer Geheimniskrämerei in das Licht der Oeffentlichkeit treten müssen. Kein Zweifel, daß sie sich um die Lösung des Problems bemühen, aber auch kein Zweifel, daß sie nie zu einer befriedigenden Lösung gelangen können. Das einzige Mittel, die stehenden Heere mit Sicherheit im Felde nähren zu können, wäre, **ihre Zahl herabzusetzen.** Diesen Weg will aber die **herrschende Klasse** nicht beschreiten, denn dazu sind ihre kapitalistischen Profitinteressen mit den Rüstungen zu eng verwachsen. Man fordert lieber, wie das im vorigen Jahre geschehen ist, vom Reichstag noch mehr Intendanturbeamte und läßt sie mit Gott, für König und Vaterland am grünen Tisch Kriegsspiele aufführen, kompliziert also den gesamten Apparat nur noch mehr, so daß er um so sicherer schon beim ersten Kanonenschuß aus dem Leim gehen muß.

So ist der Militarismus in eine Sackgasse geraten, aus der er nicht mehr heraus kann. Die Kapitalistenklasse wird blind weiter rüsten und dadurch den Zusammenbruch ihres stärksten Herrschaftsinstruments nur um so vollständiger machen. Erst in der auf sozialistischer Grundlage beruhenden allgemeinen **Volksmiliz** mit ihrer beweglichen Selbständigkeit der einzelnen Teile wird auch das Problem der Verpflegung von Massenheeren lösbar werden.

Krone und Volk.

Der ehemalige sozialistische Abgeordnete Genosse Janko **Sakasoff** schreibt uns über die Zustände in **Bulgarien**:

Es ist bekannt, daß die Wahlen auf den 8. März (23. Februar alten Stils) festgesetzt sind. Der Wahlkampf ist im vollen Gang. Und je länger er dauert, desto mehr nimmt er den Charakter eines Kampfes zwischen Krone und Volk an. In der Tat hat sich König Ferdinand vollkommen mit dem Kabinett Radoslawoff solidarisch gemacht. Ohne dies hätte die Auflösung der Sobranje nicht in so brüskier Form kommen können. Der König hatte die Bildung eines Koalitionsministeriums aus allen Oppositionsparteien nicht einmal versucht. Weil er glaubte, in der „liberalen Konzentration" eine Macht gefunden zu haben, hoffte er in diesen von den Gerichten mehrmals verurteilten, mit der Justiz in Konflikt geratenen, ziemlich anrüchigen Ministern die unentbehrlichen Männer gefunden zu haben, die seinen wackelnden Thron retten könnten.

Aber das ist eine Aufgabe, die nicht so leicht ist. Um das fertig zu bringen, würden diese ehrenverletzten Politiker geradezu ein Wunder verrichten müssen: sie müßten in der auswärtigen Politik einen Erfolg erringen, der Bulgarien einen, wenn auch noch so kleinen Teil des von den benachbarten Staaten annektierten Landes zurückgäbe. Das ist die einzige Möglichkeit, das Königtum in Bulgarien noch zu retten.

Wie aber nun dazu kommen, ohne das Eingreifen einer Großmacht, die zugunsten Bulgariens intervenierte, und zwar gegen ein honnetes Maklergeschäft? Man hat sich an Oesterreich gewandt, ohne zu bedenken, daß das Kabinett in Wien durch seine Politik voll Zweideutigkeit Bulgarien bereits jedes Uebel bereitet hat. Man vergaß sogar, daß nach der Niederwerfung Bulgariens der gute Freund in Wien dem unglücklichen Lande nichts anderes anzubieten wußte als den Rat, sich direkt mit der Türkei zu verständigen, und zwar in dem Augenblick, wo die türkischen Truppen die alten bulgarischen Grenzen bereits bedrohten.

Gegenwärtig strengt sich dieser so uneigennützige Freund an, neue Schwierigkeiten hervorzurufen, indem er abwechselnd in der Türkei, Bulgarien und Albanien intrigiert und jedem dieser Länder seinen wohlwollenden Schutz zusagt.

Das Feuer glimmt auf dem Balkan weiter und an leicht aufflammenden Zündstoffen fehlt es nicht. Die Türkei ist über den Entschluß der europäischen Mächte in der Inselfrage unzufrieden. Albanische und mazedonisch-bulgarische Banden sind im Zuge, sich zu organisieren, um in einen Kampf gegen Serbien und Griechenland einzutreten. Das neue bulgarische Territorium ist voll von türkischen Freiwilligen, besser gesagt: regulären Truppen in Verkleidung. Andrerseits sind die geheimen Besprechungen zwischen den bulgarischen Diplomaten und den türkischen nicht unterbrochen. Vor kurzem nun hat der bevollmächtigte Minister Bulgariens in Konstantinopel, Herr Toscheff, in Sofia lange Unterredungen mit dem Gesandten von Oesterreich-Ungarn gehabt, und zwar in Gegenwart des Präsidenten des Ministerrats und des Kriegsministers. Was verbirgt sich hinter all diesen geheimen Besprechungen?

Handelt es sich um den Plan einer großen Entschließung in bezug auf die Schaffung eines autonomen Mazedoniens, wie es ganz vertraulich die Agenten der Regierung zu verstehen geben? Oder handelt es sich darum, dem neugriechischen Territorium ein kleines Stückchen Land abzunehmen? Oder handelt es sich einfach um ein Wahlmanöver, um die bulgarischen Patrioten zu täuschen?

Man weiß nichts Richtiges. Aber eines ist sicher: der König Ferdinand setzt alles in Bewegung — die Hilfe Oesterreich-Ungarns sowohl als die Rußlands, mit welchem er sich wieder auszusöhnen alle Kräfte anstrengt —, um seinen Thron zu retten.

Dazu aber ist vor allem notwendig, daß die Regierung, welche der König stützt, bei den Wahlen die Majorität erhält. Wie ist das zu erreichen?

Auf den ersten Blick präsentiert sich ein sehr einfaches Mittel: den Bewohnern der neuerworbenen Landesteile das Stimmrecht zu geben. Aber dieses Mittel ist nicht ohne Gefahr. Von den oppositionellen Parteien kann die Regierung nur auf Kosten der Bauernpartei und der Sozialisten Mandate zu gewinnen hoffen. Denn die anderen oppositionellen Parteien stellten in der aufgelösten Kammer nur einen verschwindenden kleinen Teil dar.

Deshalb hat es sich die Regierung auch angelegen sein lassen, von Beginn des Wahlkampfes an einen unerhörten Druck auf die Wähler der Bauernpartei und der Sozialisten auszuüben und die brutalsten Gewaltakte gegen ihre Anhänger zu begehen.

Die abhängigen Christen.

In der Kölnischen Volkszeitung veröffentlicht eine Anzahl hoher Kirchenfürsten, der Erzbischof von Köln, sowie die Bischöfe von Trier, Osnabrück, Hildesheim, Paderborn und Münster, eine Kundgebung, die den christlichen Gewerkschaften recht deutlich in Erinnerung bringt, in welcher Abhängigkeit sie sich von der katholischen Kirche befinden. Die Herren Bischöfe erklären es für notwendig, „angesichts der hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation entstandenen Beunruhigung" die Grundsätze für die Haltung der Mitglieder katholischer Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter überhaupt in Erinnerung zu bringen. Es wird da unter anderem gesagt:

Auf dem Grundsatz der katholischen Kirche fußend, daß die soziale Frage in erster Linie eine **sittlich-religiöse Frage war, ist und bleibt**, wird betont, daß auch bei Angelegenheiten, die als „**rein wirtschaftliche**" bezeichnet werden, oft sittliche Pflichten mit berührt und sittlich-religiöse Interessen häufig **sehr in Mitleidenschaft** gezogen werden. Zur Verkündigung der sittlichen Normen dieser Interessen und zur Aufsichtsführung über die **Haltung der Katholiken** in dieser Hinsicht, zur Abwehr von **Gefahren**, die der sittlichen Auffassung und Haltung erwachsen können, sind der **Heilige Vater** und mit ihm **die vereinigten Bischöfe zuständig und verpflichtet**. Aus dieser Stellung des kirchlichen Hirtenamtes folgt dessen treue und **autoritative Wachsamkeit** über den **Anschluß der katholischen Christen an Vereinigungen**. Diese Wachsamkeit sei nötig zur Wahrung von Interessen **religiöser** und sittlicher Natur.

Die Herren Bischöfe führen dann weiter aus, daß sie ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Standesvereinen, insbesondere den Arbeitervereinen zuwendeten. Deshalb hielten sie es auch für wünschenswert, daß sich die Arbeiter möglichst nur reinkatholischen Organisationen anschlössen. Wo diese die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter genügend vertraten, wäre deren Anschluß an interkonfessionelle Vereine nicht zu billigen. Nur ausnahmsweise könnten die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften geduldet werden. Dann heißt es:

Wo dies nicht der Fall ist, hat der Heilige Stuhl in **wohlwollender Berücksichtigung** der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Duldung und die Erlaubnis der Mitgliedschaft von Katholiken bei den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter jenen **besonderen Vorsichtsmaßregeln** ausgesprochen, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen und daher jedem Katholiken als durch die Umstände geboten erscheinen müssen.

Diese **Vorsichtsmaßregeln** sind folgende: An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, welche Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, **zugleich den katholischen Arbeitervereinen** angehören. Ferner müssen die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG